



Schleswig-Holsteinischer Landtag
Sozialausschuss
- L 212 -

Kiel, 19. August 2011
Landeshaus
Tel. (0431) 5300 1144
(0431) 5300 1152
Fax (0431) 5300 4 1180
Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzb e r i c h t

über die

*32. Sitzung des **Sozialausschusses***

*am Donnerstag, dem 18. August 2011,
im Sitzungszimmer 142 des Landtages*

Beginn: 14:25 Uhr

Der Ausschuss führte eine Anhörung über die **aktuelle Situation in der freiberuflichen wohnortnahen Geburtshilfe und den Maßnahmen der Landesregierung** durch und hörte dazu eine Vertreterin des Hebammenverbandes Schleswig-Holstein e.V.

Die Beratung des Antrags der Fraktion DIE LINKE, **Für eine erleichterte Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen, Bildungs- und Berufsabschlüssen**, [Drucksache 17/1374](#) (neu), stelle der Ausschuss bis zu seiner nächsten Sitzung zurück.

Er empfahl dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Antrag der Fraktion der SPD, **Berufsordnung für Pflegeberufe**, [Drucksache 17/993](#), abzulehnen.

Er nahm einen Sachstandsbericht zu den **EHEC-Infektionen** entgegen und kam überein, in seiner nächsten Sitzung eine Anhörung dazu durchzuführen.

Sodann nahm er einen Bericht der Landesregierung über einen Artikel in den „**Lübecker Nachrichten**“ vom 23. Juni 2011 unter dem Titel „**Mann in Neustädter Psychiatrie tot aufgefunden**“ entgegen, an den sich eine Aussprache anschloss.

Bezüglich der Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zur **Situation alleinerziehender Mütter und Väter und deren Kinder in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1043](#), beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Anzuhörende sollen bis zum 26. August 2011 benannt werden. Als Frist bis zum Eingang der Stellungnahme wurde Ende September festgelegt.

Die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der SPD zum Thema **Erfahrung mit der Umsetzung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens in Schleswig-Holstein**, [Drucksache 17/1248](#), nahm der Ausschuss

abschließend zur Kenntnis.

Außerdem bat der Ausschuss um einen schriftlichen Bericht über die Erkenntnisse der Landesregierung über **Botulismus bei Menschen in Schleswig-Holstein**.

Schluss: 16:15 Uhr

gez. Petra Tschanter